

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

Niederschrift

über die 38. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung am 06.02.2018 im Kreisausschusssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2 in 14 943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Winand Jansen

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr René Haase
Herr Detlev von der Heide
Herr Detlef Klucke
Frau Dr. Irene Pacholik
Herr Hartmut Rex
Herr Michael Wolny

Sachkundige Einwohner

Herr Christian Heller
Herr Klaus Wigandt

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Olaf Manthey
Herr Jörg Niendorf

Sachkundige Einwohner

Herr Peter Wetzel

Verwaltung

Frau Kornelia Wehlan, Landrätin
Frau Dietlind Biesterfeld, Beigeordnete und Leiterin D III
Herr Siegmund Trebschuh, stellv. Leiter des D IV/Wirtschaftsförderungsbeauftragter und Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung
Herr Hubert Grosenick, Leiter des Straßenverkehrsamtes
Herr Horst Förster-Schütz, stellv. Leiter der untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde
Frau Viola Kuhrmann, Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:27 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 05.12.2017
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 6 Beschlusskontrolle der in den vergangenen Ausschüssen vorgenommenen Festlegungen
- 7 Kooperation des Landkreises am Stadt-Umland-Wettbewerb der Städte Luckenwalde, Trebbin und der Gemeinde Nuthe-Urstromtal
- 8 Projektidee für den "Bundeswettbewerb Klimaschutz und Radverkehr"
- 9 Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Kreistages
- 10 Denkmalpflegepreis
- 10.1 Änderung der Richtlinie zur Ehrung mit dem Denkmalpflegepreis des Landkreises Teltow-Fläming 5-3445/18-III
- 11 Information zu kreislichen Baumaßnahmen - aktueller Stand
- 12 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Jansen begrüßt die Teilnehmer, besonders die Landrätin und die Beigeordnete Frau Dietlind Biesterfeld zur ersten Sitzung des AfRB im Jahr 2018. Auch die Amtsleiter und Herrn Peter Mann, stellvertretender Bürgermeister der Stadtverwaltung Luckenwalde, heißt Herr Jansen herzlich willkommen.

Die Einladung ist form- und fristgerecht ergangen, Einwendungen gegen die Tagesordnung liegen nicht vor.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 05.12.2017

Die Niederschrift wird bestätigt.

Herr Rex fragt nach, wann mit Informationen zu Rückläufen des Landesentwicklungsplans im Ausschuss zu rechnen ist. **Herr Jansen** teilt mit, dass unter TOP 11 die Verwaltung gebeten wird in der nächsten Ausschusssitzung darüber zu berichten.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Fragen.

TOP 4

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Wehlan weist darauf hin, dass aktuell für den nächsten Kreistag eine Vorlage vorbereitet wird, die maßgeblich Sachverhalte tangiert, die in die Zuständigkeit des AfRB fallen. Das Dialogforum Flughafenregion schreibt zwei Studien aus, die sich mit der Erarbeitung eines integrierten, nachhaltigen Mobilitäts- und Verkehrskonzeptes befassen – der Berlin-Brandenburger Umlandregion des BER und integrierter Bestandteil des gemeinsamen Strukturkonzeptes Flughafenregion 2030 einschließlich einer Grundlagenermittlung zum Verkehr in dieser Region. Erst jetzt hat die Verwaltung Kenntnis davon erhalten, dass sich die Finanzierungsgrundlagen in der Annahme gestalten sollen, dass alle Träger des Dialogforums diese Studien finanzieren. Das bedeutet, dass der Landkreis Teltow-Fläming ca. 53 T€ für dieses Thema aufwenden müsste. Mit den Umlandgemeinden ist der Kreis im Gespräch, inwieweit das Projekt finanziert werden kann. Fakt ist, dass die Verwaltungsleitung diese Studien unterstützt, weil sie dem Kreis auch den Einstieg in das Mobilitätskonzept gestatten. Mit der Herangehensweise des Dialogforums, in dem Brandenburg, Berlin, LDS, TF und die Umlandkommunen Mitglied sind, gibt es eine ganz andere Dimension der Berücksichtigung aller Sachverhalte, die sich mit Mobilität, Verkehr, Erreichbarkeit von Zentren und Infrastrukturentwicklung befassen. In Zukunftsfragen wie E-Mobilität und ÖPNV kann mit den Verantwortungsträgern des Dialogforums in einer ganz anderen Art und Weise angeknüpft werden. Im aktuellen Haushalt sind 20 T€ für das Thema Mobilitätskonzept eingeplant. Das könnte für den ersten Einstieg in ein konkretes und integriertes Mobilitätskonzept verwendet werden, was über das Dialogforum größer gefasst ist als nur Teltow-Fläming. In einem zweiten Schritt gäbe es die Möglichkeit anzudocken an das, was die Metropolenregion ausmacht und damit die besonderen Entwicklungsbedingungen wie Pendlerverkehre, Erreichbarkeit im Metropolenraum etc. Der zweite Schritt würde dann die Entwicklung des äußeren Entwicklungsraumes und Anpassung an die Notwendigkeiten der Wachstumsregion rund um den BER beinhalten. Die notwendige Finanzierung wird mit einer Formulierung „die Landrätin wird beauftragt“ festgehalten.

Herr Jansen dankt für die Ausführungen und erwähnt, dass der Kreistag beschlossen hat, ein umfassendes Mobilitätskonzept zu erstellen. Herr Jansen ist nicht bekannt, wie weit dies erfolgt ist. In der MAZ vom 09.01.2018 gab es einen umfassenden Bericht zu dem Thema Mobilitätskonzept für Dahmeland - Fläming. Auch erinnert er sich, dass Trebbin/Ludwigsfelde/Großbeeren solch ein Konzept in Auftrag gegeben haben. Das müsste mit dem neuen Projekt abgestimmt werden. Es macht keinen Sinn Konzepte doppelt erstellen zu lassen.

Herr Trebschuh sieht es als sinnvoll an, wenn sich der Landkreis an der Erstellung eines Mobilitätskonzeptes für die Flughafenregion mit renommierten Gesellschaften beteiligt, welches Ausstrahlkraft auf den gesamten Landkreis haben wird. Es werden die Verkehrsachsen betrachtet und die Dresdner Bahn und die Anhalter Bahn werden dabei eine große Rolle spielen. Bei der Vorhabenbeschreibung sollte darauf konkret geachtet werden, so lässt sich die Studie sehr gut für ein Gesamtmobilitätskonzept auf den Landkreis erstrecken.

Eine Vorlage dazu wird in den Ausschuss eingebracht.

TOP 5

Anfragen der Ausschusssmitglieder

Radweg an der L 795

Herr Heller fragt nach dem Planungsstand des Radweges an der L 795. Er erinnert an die Vertragsgrundlage durch die Verbreiterung der B 101n zwischen Ludwigsfelde, Trebbin und der Kreisverwaltung. Mit dem Bund wurde beim Bau der Brücke über die neue B 101 die Verbreiterung verhandelt, so dass dort ein Radweg hinübergeführt werden konnte. Die Voraussetzung, dass der Bund diese Kosten übernimmt, war, dass der Kreis weiterführend plant. Die Mittelzusage des Landes war aber begrenzt. Es gibt Schwierigkeiten die Planung fertigzustellen, da einige Grundstückseigentümer nicht verkaufen wollen. Dieses Problem löst man nur über eine Planfeststellung, nicht über ein einfaches Genehmigungsverfahren, so Herr Heller. Notfalls müsste das Thema politisch angestoßen werden.

Herr Trebschuh bestätigt das Problem der Grundstücksverkäufe. Der Zuwendungsbescheid ist begrenzt und ob ein Planfeststellungsverfahren an einer Landesstraße durchgeführt werden kann wird noch geklärt. Die Verwaltung arbeitet an einer Lösung des Problems. Dazu gab es vor eineinhalb Wochen einen Termin beim Landesamt für Straßenwesen. Die Leiter des Dezernates I und IV werden in den nächsten Tagen der Landrätin Lösungsvorschläge gemeinsam vortragen.

Straßeninformationssystem

Herr Haase fragt, ob das Straßeninformationssystem, das nach der Prioritätenliste 2016 eingerichtet werden sollte, existiert. In diesem System sollten alle Kreisstraßen und der Infrastrukturstand erfasst werden, um danach festzulegen, welche Straße wann erneuert/ausgebessert wird.

In der nächsten Ausschusssitzung wird die Verwaltung darüber berichten.

E-Ladestation

Herr Jansen fragt nach dem Stand der Einrichtung einer E-Ladestation vor der Kreisverwaltung. **Frau Wehlan** informiert, dass die Planung fertiggestellt ist und alle Vorbereitungen für einen zügigen Baubeginn getroffen wurden. Da das Projekt nun teurer wird als angedacht, läuft die Einrichtung der E-Ladestation nun über ein Förderprogramm. Auf den Eingang dieses Zuwendungsbescheides wartet die Verwaltung derzeit.

Herr Jansen bittet darum, sich mit der Stadtverwaltung Luckenwalde für die Errichtung weiterer E-Ladestationen abzustimmen.

Breitband

Der Presse war zu entnehmen, dass in Großbeeren Glasfasernetz im GVZ verlegt wird. In diesem Zusammenhang fragt **Herr Jansen** nach dem aktuellen Stand der Breitbandversorgung für den gesamten Landkreis.

Herr Trebschuh informiert, dass derzeit die Ausschreibungsunterlagen erarbeitet werden für die dem Landkreis zugesagten ca. 15 Mio. €.

Zunächst erhielt die Verwaltung für die Erarbeitung einer Studie eine Zuwendung von 50 T€. Diese Studie ergab, dass eine Finanzierungslücke von ca. 15 Mio. € für den Breitbandausbau besteht. Daraufhin wurde ein Zuwendungsbescheid für diese fehlenden Mittel beantragt, der bewilligt wurde. Nun werden per Ausschreibung die genauen Kosten ermittelt und auf dieser Grundlage wird ein konkreter Zuwendungsbescheid ausgereicht, der dann umzusetzen ist. Die vom Bund vorgegebenen Zeitabläufe sind verlängert worden. Die Verwaltung befindet sich im Zeitplan.

Bebauung im Außenbereich

Herr Jansen liegt die Beantwortung der unteren Bauaufsichtsbehörde auf das Schreiben des Ortsvorstehers von Liebätz (gerichtet an die Kreisverwaltung und die Gemeinsame Landesplanungsabteilung) vor, in dem es um Bebauung im Außenbereich geht. Herr Jansen bittet um einen Gesprächstermin mit allen Beteiligten, um die planungsrechtlichen Möglichkeiten und die Ausdehnung des Landschaftsschutzgebietes zu klären.

Herr Förster-Schüz erläutert, dass die untere Bauaufsicht zur Beurteilung der Bebauung der drei Grundstücke in Liebätz keinen Handlungsspielraum hat, da sich diese Grundstücke bauplanungsrechtlich im Außenbereich befinden. Nur die Gemeinde hat die Möglichkeit über eine Planung andere Voraussetzungen zu schaffen. Landesplanerisch ist allerdings, bezogen auf die Gesamtgemeinde, vergleichsweise wenig zulässig.

Herr Jansen ist der Meinung, dass die Bebauung zumindest bei einem der drei Grundstücke bei objektiver Betrachtung als Lückenschluss gesehen werden kann.

Wasserqualität

Im Fernsehen und in der MAZ wurde darüber berichtet, dass das Wasser in Kemnitz die höchsten Nitratwerte im Landkreis TF aufweist. **Herr Jansen** fragt, ob die Kreisverwaltung diesem Sachverhalt nachgeht und bittet, dies im zuständigen Ausschuss zu beantworten.

Ausbau der alten B 101

Herr Wolny entnahm aus der Presseberichterstattung, dass die alte B 101 in Großbeeren/Ortslage Heinersdorf ausgebaut werden soll. Er fragt, ob dazu im Vorfeld eine Abstimmung erfolgte, denn ein Ausbau auf Brandenburger Gebiet macht keinen Sinn ohne durchgängigen Radweg nach Berlin.

Frau Wehlan antwortet, dass es zu dem Ausbau der Osdorfer Straße auch Gespräche beim Landesministerium gab, an denen Herr Gärtner für den Landkreis und auch die Kommune selbst anwesend waren. So wie die Osdorfer Straße aktuell ausgestattet ist, besteht wenig Handlungsspielraum Erweiterungen in dieser Trassenführung vorzunehmen. Ausweichmöglichkeiten sind durch Landschaftsschutz eingeschränkt. Es gibt weiterführende Diskussionen zum Thema, aber noch kein aktuelles Ergebnis.

Herr Grosenick ergänzt, dass es eine Beratung mit dem Land, Berlin und der Gemeinde Großbeeren gab, in der es um die Planung und Förderung eines Ausbaus der Osdorfer Straße seitens des Landes ging.

In der Runde, an der Herr Grosenick teilnahm, wurde vereinbart, dass die Gemeinde Großbeeren in enger Abstimmung mit dem Land Planungsunterlagen erarbeitet. Das Land hat dazu Maßgaben vorgegeben, unter denen eine Förderung in Betracht kommen könnte. Mitte April 2018 soll diese Planung vorliegen, dann entscheidet das Land weiter. Das Ziel von Berlin und der Gemeinde ist, dass auf dieser Straße, auch nach einem Ausbau, kein Schwerverkehr stattfindet. Die Gründe hierfür könnten dann allenfalls auf Berliner Seite bestehen. Dazu sind noch Fragen zu klären. Das Land weist darauf hin, dass nach Fertigstellung des Straßenausbaus aus baulicher Sicht kein Grund mehr zur Sperrung der Straße für den Schwerverkehr bestehen dürfte.

TOP 6

Beschlusskontrolle der in den vergangenen Ausschüssen vorgenommenen Festlegungen

Herr Trebschuh teilt mit, dass der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP HR) neu ausgelegt wurde. Er kann im Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung in der

Zinnaer Straße 34 in Luckenwalde eingesehen werden. Detaillierte Information und der Internet-Link werden den Ausschussmitgliedern per E-Mail mitgeteilt.

Herr Jansen legt fest, dass dieses Thema für die nächste AfRB-Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt wird.

TOP 7

Kooperation des Landkreises am Stadt-Umland-Wettbewerb der Städte Luckenwalde, Trebbin und der Gemeinde Nuthe-Urstromtal

Herr Mann berichtet aus dem Stadt-Umlandwettbewerb speziell über Projekte der Stadt Luckenwalde aber auch über die Maßnahmen, die den Landkreis und die Kooperation betreffen. Der SUW sollte ursprünglich schon 2013 ausgelobt werden, denn 2014 hat die derzeitig laufende EU-Förderperiode begonnen. Leider fand die Auslobung erst im Jahr 2015 statt, wodurch sich ein erheblicher Zeitverzug ergab, den die Kommunen im Land Brandenburg schwer wieder aufholen können. Hoffnung besteht, dass die vorbereiteten Projekte, die sich in der Umsetzung befinden, im Rahmen der Projektnachlaufzeit bis 2022 umgesetzt werden können. Alles wird in die integrierte Stadtentwicklungsplanung eingebettet, in die Leitlinien der Stadt Luckenwalde. Das Land Brandenburg hat klare Regeln aufgestellt, wie die Förderung im Rahmen der Städtebauförderung und der EU-Struktur-Fonds-Periode aussehen soll. Man erhält nur noch eine Förderung, wenn man sich mit seinem Gemeindegebiet und seinem Umland integriert auseinandergesetzt hat, d. h. wenn man alle Politikfelder, die Stadt und Region umgeben, bedacht hat. Die Stadt Luckenwalde hat 5 Leitlinien, die in der weiteren Entwicklung bis 2030/2035 das kommunale Handeln der Stadt Luckenwalde abbilden. Herr Mann erwähnt verschiedene Instrumente für die Anwendung von Förderprogrammen (Städtebauförderung, Stadtumbau-/Wohnraumförderung, Stadtumlandwettbewerb, Wirtschaftsförderung, soziale Stadt u. Ä.). Die Stadt Luckenwalde hält sich seit 2015 nicht mehr an die Prognosen des Landes Brandenburg, sondern hat eine eigene Bevölkerungsprognose gemeinsam mit den Wohnungsmarktakteuren der Stadt aufgestellt. Für die weitere Entwicklung hat man intensiv „potentielle Konkurrenten“ der Stadt Luckenwalde betrachtet.

Die bisherige Entwicklung, den aktuellen Stand und geplante Maßnahmen erläutert Herr Mann anhand einer PowerPoint-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigelegt wird.

TOP 8

Projektidee für den "Bundeswettbewerb Klimaschutz und Radverkehr"

Das Thema „Klimaschutz durch Radverkehr“ setzt unmittelbar an die Stadtumlandstrategie an. Die Stadt Luckenwalde und die Stadt Trebbin haben auf die Ergebnisse der Strategie aus dem SUW aufgesetzt. Mit den Maßnahmen, die im Bundesprogramm angemeldet sind, sollen die Maßnahmen die über den SUW laufen kofinanziert werden. Die Kommunen Trebbin und Nuthe-Urstromtal haben im besten Fall einen Fördersatz von 90 % und müssen nur noch 10 % aus dem eigenen Haushalt finanzieren. Die Stadt Luckenwalde wird sich mit 16 bis 17 % Eigenanteil beteiligen müssen.

Für den Bau von Radwegen an der L 73 und L 793 einigten sich die Städte Luckenwalde, Trebbin und die Gemeinde Nuthe-Urstromtal darauf, dass der beste Weg der Bau von Gehwegen mit der Klassifizierung „Radfahrer frei“ ist. Da das Land keine Radwege bauen wird und beabsichtigt, diese Straßen abzuwidmen, können nach der Umwidmung der Straßen von Landes- zu Gemeindestraßen diese Gehwege zu Radwegen umfunktioniert werden.

Jede Kommune hat sich für ihr Plangebiet Gedanken zu Aufstellorten für die Fahrradabstellanlagen gemacht. Auch dafür sind für den Bundeswettbewerb Förderungen beantragt wor-

den. Die Gesamtsumme von 4,7 Mio. € ist mittlerweile bewilligt. Damit hat die Stadt Luckenwalde Fördermittel in Aussicht gestellt bekommen von 1,6 Mio. €, die für die EFRE-finanzierten Maßnahmen in großen Teilen kofinanziert werden sollen.

Zum Thema Energie und Klima für die Planungsregion geht es u. a. auch um Freiflächengestaltung für die Umsetzung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes. Dabei spielt die Umnutzung von Brachen eine große Rolle.

Auch diese detaillierten Ausführungen des Tagesordnungspunktes sind in der anliegenden PowerPoint-Präsentation ersichtlich.

Herr Jansen dankt Herrn Mann für den ausführlichen und interessanten Vortrag und gratuliert zu den bisher erbrachten Leistungen. Herr Jansen fragt, an welcher Stelle sich der Kreis als Kooperationspartner stärker mit einbringen kann.

Herrn Mann würde sich wünschen, dass der Kreis die Vorhaben der Kommunen gedanklich/inhaltlich und wenn auch nicht finanziell, so vielleicht über Unterhaltungshilfen der Straßennetze unterstützt.

Frau Wehlan hält die Ausführungen von Herrn Mann für ein gutes Beispiel, wie über Kooperationen eine gemeinsame Raumentwicklung vorangebracht werden kann. Sie hält die kreisinterne Koordinierungsgruppe für ein gutes Gremium, in dem diese Sachverhalte dargelegt werden können, um zu sensibilisieren und zu klären, welche Fragen auf die Kreisverwaltung zukommen, um gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Aber auch Verwaltung und Kreistag arbeiten dabei eng zusammen.

Herr Jansen erachtet es als wichtig, dass auch der politische Raum in die Diskussion und Umsetzung der Maßnahmen mit einbezogen wird.

Herr Rex begrüßt, dass durch die Kooperation gelungen ist an so viele Fördermittel zu gelangen. Dies wünscht er sich auch für die nördliche Region und regt an, allen Bürgermeistern zu vermitteln, was möglich ist.

TOP 9

Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Kreistages

Der AfRB hat sich schon mehrmals mit der Zuständigkeitsregelung der Ausschüsse des Kreistages auseinandergesetzt und dargelegt, was sinnvoll ist. Dies betrifft auch die Bezeichnung des AfRB. Der Kreistag hatte dazu einen Beschluss gefasst. **Herr Jansen** zählt Themen auf, bei denen die Zuständigkeit gewechselt wurde. Diese Entscheidungen waren nicht immer zufriedenstellend. Seit ca. 2016 ruht dieses Thema und Herr Jansen bittet darum, in den Fraktionen zu diskutieren, ob dieser Punkt abschließend behandelt oder die Diskussion als beendet angesehen wird.

Damit wird dieser TOP in einer der nächsten AfRB-Sitzungen auf die Tagesordnung gesetzt.

Frau Wehlan bestätigt, dass es zur Zuständigkeitsordnung einen Beschluss des Kreistages gibt. Dieser wurde nach erfolgter Wahl 2014 gefasst. Die Diskussion darüber war gekoppelt an das Signal, dass nach Beschlussfassung der Zuständigkeitsordnung die Ausschüsse sich mit den Zuständigkeiten auseinandersetzen. Daraus ist insbesondere im AfRB eine Diskussion entstanden, dass die Zuständigkeitsordnung zu verschiedenen Sachverhalten Änderung erfahren soll (1. Name des Ausschusses, 2. Aufnahme der Themen „Feuerwehr und Rettungswesen“ und „Denkmalschutz“). Daraufhin kam es zur Diskussion zwischen der Verwal-

tung und dem politischen Raum (einschließlich Ausschüsse). Aus diesen Diskussionen ist eine Vorlage entstanden, die unter Berücksichtigung der entsprechenden Hinweise erarbeitet wurde, aber auch in Anbetracht der Prüfung, welche Aufgaben Sachverhalte sind, die in die Zuständigkeit der Ausschüsse gehören, welche Aufgaben sind Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung. In diesem Zusammenhang wurde man darauf aufmerksam, dass unsere Zuständigkeitsordnung weit gefächert das Aufgabenspektrum abbildet im Rahmen der Zuständigkeit des Kreistages und Grenzen verwaschen erschienen im Zusammenhang mit den Fragen was Angelegenheit des Kreistages ist. Auch wenn davon ausgegangen wird, dass alles was im Haushalt verankert ist in die Ausschüsse gehört, wurde das Thema vom Vorsitzenden des Kreistages gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden aufgerufen. Die gültige Zuständigkeitsordnung deckt alles ab, bis auf den Wunsch der Namensänderung des AfRB. Dass die Themen Feuerwehr, Rettungswesen und Denkmalschutz im AfRB besprochen werden können wurde von Frau Wehlan bejaht. Damit wurde die Diskussion zum Thema in diesem Rahmen abgeschlossen. Auch der AfRB kann also alle Sachverhalte, die zu diskutieren als notwendig erachtet werden, auf die Tagesordnung nehmen.

Herr Jansen geht es um die Abarbeitung des KT-Beschlusses. Er ist der Meinung, dass die vom KT eingebrachte Vorlage zurückgewiesen wurde. Die abschließende Aussage zum Umgang mit der Zuständigkeitsordnung steht aus.

Frau Wehlan erläutert nochmals den Verfahrensablauf in diesem Zusammenhang.

Herr von der Heide ergänzt, dass die Zusammenarbeit im Bereich des Rettungswesens und der Feuerwehr auch ohne Zuständigkeitsordnung gut funktioniert. Im Bereich Denkmalschutz funktioniert die Zusammenarbeit seiner Meinung nach nicht. Schon vor ca. 10 Jahren hat der Kreistag beschlossen, dass es ein Denkmalschutzkonzept geben sollte. Im Bereich Denkmalschutz gibt es nicht nur rein fachliche Entscheidungen. Es gibt Ermessensspielräume und grundsätzliche Herangehensweisen, wie mit Denkmälern umzugehen ist, die durchaus diskussionswürdig sind in einem Regionalausschuss, da sie die Entwicklung des Landkreises betreffen. Aus diesem Grund sollte das Thema Denkmalschutz im AfRB behandelt werden und die Zuständigkeitsordnung möglichst noch in dieser Legislaturperiode beschlossen werden.

Frau Wehlan bekräftigt, dass auch ohne Zuständigkeitsordnung möglich ist, Sachverhalte des Denkmalschutzes im AfRB zu besprechen. Die Verwaltungsleitung teilte deutlich mit, dass all das, was sich mit dem Denkmalschutz vermittelt und in die Zuständigkeit des AfRB fällt, auch auf die Tagesordnung gehört. Die untere Denkmalschutzbehörde ist strukturell der unteren Bauaufsichtsbehörde zugeordnet. Herr Jurtzik hat noch im letzten Jahr regelmäßig an den Sitzungen des AfRB teilgenommen. Damit waren die Sachverhalte, die sich hier mit dem Denkmalschutz verbinden, leitungsmäßig im Ausschuss verantwortungsbewusst abgebildet gewesen.

Die Denkmalschutzbehörde ist eine untere Landesbehörde und behördliches Tätig sein unterliegt nicht der Organzuständigkeit. Manchmal ergeben sich daraus Probleme, über die aber auch gesprochen werden kann.

Abschließend bittet **Herr Jansen** noch einmal darum dieses Thema in den Fraktionen zu diskutieren, um zum Ergebnis zu kommen.

TOP 10

Denkmalpflegepreis

TOP 10.1

Änderung der Richtlinie zur Ehrung mit dem Denkmalpflegepreis des Landkreises Teltow-Fläming

(5-3445/18-III)

Die Verwaltungsvorlage mit Entwurf der Richtlinie wurde den Teilnehmern per E-Mail zugesandt. **Herr Jansen** hat dazu zwei Anmerkungen, erläutert diese und stellt sie zur Diskussion:

1. Wenn für das Thema Denkmalschutz zwei Ausschüsse zuständig sind, muss in der Richtlinie „der Ausschuss“ in „die Ausschüsse“ geändert werden.
2. Im § 4 könnte der Abs. 7 ersatzlos gestrichen werden.

Frau Wehlan bittet darum, noch kurz zum Thema Stellung nehmen zu dürfen. Sie erinnert daran, dass der Denkmalpflegepreis vor 2 Jahren im Bildungsausschuss und im AfRB auf der Tagesordnung stand. Es gab 8 Vorschläge. Auf die Frage an Herrn Jurtzik, was die Empfehlung der Verwaltung ist, gab es die Antwort: alle. Aus dem politischen Raum gab es daraufhin den Anstoß, dass die Auslobung eines Denkmalpflegepreises eine Auszeichnung ist, ähnlich wie beim Teltow-Fläming-Preis. Daraufhin sollte eine Richtlinie erarbeitet werden, die auf der Grundlage der alten Richtlinie steht, sich aber anlehnt an den Teltow-Fläming-Preis. Die Auswahlkriterien sind nun komprimiert und zusammengefasst worden. Auch die Höchstzahl von drei Denkmalpflegepreisen wurde aufgenommen. Gibt es mehr Vorschläge für den Preis, können Anerkennungsurkunden vergeben werden. Aus diesem Grund sollte der Abs. 7 des § 4 enthalten bleiben.

Frau Wehlan wünscht sich, dass der Denkmalpflegepreis ein von der kommunalen Familie/Öffentlichkeit getragener Preis ist.

Frau Biesterfeld ergänzt, dass der Abs. 7 des § 4 wichtig ist für die Entscheidungskompetenz des Fachausschusses, der zu entscheiden hat. Denn wenn mehrere Bewerber die Voraussetzungen erfüllen, möchte der Ausschuss vielleicht nicht nur Dreien eine Anerkennung aussprechen, sondern mehreren. Mit dem Abs. 7 besteht dazu die Möglichkeit. Streicht man diesen Absatz, würde der Kreistag seine eigene Kompetenz einschränken, wenn er auf diese Möglichkeit verzichtet.

Herr Jansen fragt, wie in der Praxis entschieden werden soll, wenn statt 10 Vorschläge vielleicht 20 eingereicht werden. Es werden dann sicher nicht 3 Preise auf 6 erhöht. Zu den 3 Kriterien, zu denen Preise vergeben werden, muss das Fachamt im Vorfeld prüfen, ob diese Kriterien zutreffen.

Frau Dr. Pacholik befürwortet, dass zusätzlich zu den Preisverleihungen auch noch Anerkennungen ausgesprochen werden können, um für die geleistete Arbeit zu danken.

Herr von der Heide lobt den neuen Vorschlag zum Denkmalpflegepreis als Verbesserung zum Bisherigen. Er plädiert für die Empfehlung des Vorschlags.

Der eingereichte Vorschlag wird mit einer Gegenstimme beschlossen und empfohlen.

TOP 11

Information zu kreislichen Baumaßnahmen - aktueller Stand

Zum aktuellen Stand der kreislichen Baumaßnahmen wird in der nächsten AfRB-Sitzung informiert.

TOP 12
Verschiedenes

Herr von der Heide spricht das seiner Meinung nach wachsende Parkplatzproblem um das Kreishaus an. Das betrifft die nicht vorhandenen Besucherparkplätze direkt vor dem Kreishaus und auch das Parkhausproblem. In der Parkstraße werden Gebäude saniert, der Leerstand von vier Gebäuden reduziert sich mittlerweile auf zwei. Somit spitzt sich die Parksituation für Anwohner und dort parkende Verwaltungsmitarbeiter zu. Die Kreisverwaltung sollte sich gemeinsam mit der Stadtverwaltung Luckenwalde Gedanken zur Lösung des Problems machen. Herr von der Heide regt an, dieses Thema auf die Tagesordnung des nächsten AfRB zu nehmen.

Da nach Information der Landrätin eine Lösung gefunden wurde, bittet Herr von der Heide im nächsten Ausschuss um Berichterstattung.

Luckenwalde, den 21. Februar 2018

Jansen
Vorsitzender

Schulz
Schriftführerin

Anlage
Präsentation zu TOP 7 und 8